



05.07.2018

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Neue EU-Haushaltsregeln

Heute ist ein besonderer Tag in meinem Leben als Abgeordnete: Nach anderthalb Jahren intensiver Arbeit, dem Wälzen von Hunderten Änderungsvorschlägen und tagelangen Verhandlungsrunden mit der EU-Kommission und dem Ministerrat hat das Europaparlament heute mit großer Mehrheit von 485 Stimmen die Neufassung der EU-Haushaltsordnung beschlossen, für die ich im Haushaltsausschuss federführend verantwortlich war. Diese Verordnung enthält die Regeln für die Ausführung des EU-Haushaltsplans, nach denen sich die EU-Beamten, die Behörden in den Mitgliedstaaten und die Empfänger von EU-Fördergeldern richten müssen. Ich bin froh, dass wir es geschafft haben, die Regeln zu entschlacken und zu flexibilisieren. Davon profitieren alle, die mit EU-Geldern zu tun haben, wie etwa Hilfsorganisationen, Mitarbeiter der Landesverwaltung und Teilnehmer an EU-Projekten. Zu den beschlossenen Erleichterungen gehören unter anderem: mehr Pauschalzahlungen und ergebnisbasierte Kostenerstattungen, sodass auf die Vorlage detaillierter Rechnungen verzichtet werden kann, die Möglichkeit, den Eigenanteil an einer Projektfinanzierung teilweise durch Freiwilligenarbeit und Sachleistungen zu ersetzen sowie ein noch weiter verschlanktes Regelwerk für kleinere Projekte im Umfang von bis zu 60.000 Euro. Darüber hinaus haben wir auch die Anti-Betrugs-Vorschriften gestärkt: Neue Regeln zu Interessenkonflikten sollen verhindern, dass

sich Regierungsmitglieder in den Mitgliedstaaten selbst EU-Gelder zuschanzen, wie wir das bisher mitunter beobachten konnten. Außerdem sind Briefkastenfirmen und in Steueroasen ansässige Organisationen künftig ausdrücklich von EU-Förderungen und der Teilnahme an Ausschreibungen ausgeschlossen.

Polens Ministerpräsident im EP

Im Rahmen der Debattenreihe zur Zukunft Europas war diesmal der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zu Gast. Es wurde der erwartete Schlagabtausch. Morawieckis Aussage, dass die Mitgliedstaaten in der EU „ihre Rechtssysteme nach eigenen Traditionen“ ausgestalteten, rief Abgeordnete fast aller Fraktionen auf den Plan: Es gehe um rechtsstaatliche Prinzipien und nicht um Traditionen, schallte es ihm entgegen, und zu diesen gehöre die Gewaltenteilung. Gegen Polen läuft erstmalig in der Geschichte der EU ein Verfahren aufgrund der nachhaltigen Verletzung der Grundrechte, das sogenannte Artikel-7-Verfahren. Ausgerechnet am Tag der Plenardebatte trat die viel kritisierte Justizreform in Kraft, durch die Hunderte Richter in den zwangsweisen Ruhestand geschickt werden und die die Justiz unter die Kontrolle der Regierung stellt. Der polnische Premier zeigte sich uneinsichtig: Polen sei ein stolzes Land, dem man keine Lektionen erteilen solle.

Reform des Wahlrechts

Das Parlament hat dem vom Ministerrat beschlossenen neuen einheitlichen Rechtsrahmen für die Europawahlen zugestimmt. Die darin vorgesehene Hürde zwischen zwei und

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim

im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



fünf Prozent wird einer weiteren Fragmentierung des Europaparlaments und den dadurch drohenden chaotischen Gesetzgebungsverfahren vorbeugen. Dies ist die erste EU-Wahlrechtsänderung seit 1976.

Griechenland auf eigenen Beinen

Im August ist es soweit: Acht Jahre lang war Griechenland unter der haushaltspolitischen Kontrolle der Eurozone und des Internationalen Währungsfonds, nun wird es das Kreditprogramm verlassen, auch wenn die Rückzahlung der gewährten Kredite noch Jahrzehnte dauern wird. Die Bevölkerung musste in den letzten Jahren harte Einschnitte hinnehmen, doch nur so konnte das Land wieder aus der Zahlungsunfähigkeit herausfinden. Die Wirtschaft hat nun wieder Schwung aufgenommen und an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Die Risiken in den Büchern der griechischen Banken müssen noch deutlich reduziert werden. Insgesamt bleibt Griechenland als warnendes Beispiel dafür, wie eine verantwortliche Haushaltspolitik *nicht* aussehen sollte.

Urheberrecht im Binnenmarkt

In den letzten Wochen haben mich zahlreiche E-Mails und Anrufe zur Reform des Urheberrechts im digitalen Binnenmarkt erreicht, die offensichtlich, befeuert durch Negativkampagnen im Internet, zu großen Sorgen in der Bevölkerung geführt hat. Das Plenum hat jetzt leider das Mandat des Rechtsausschusses für Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten infrage gestellt, sodass im September erneut abgestimmt werden muss, wobei dann auch Änderungsvorschläge zu einzelnen Textteilen eingebracht werden

können. Ziel der Reform ist, Kultur- und Medienschaffende europaweit zu stärken. Künstler und Journalisten müssen von ihrer Arbeit auch leben können. Damit sie aber damit Geld verdienen können, müssen ihre Urheberrechte auch im Internet geschützt werden. Letztlich geht es um den Erhalt unserer vielfältigen Kultur- und Presselandschaft. Die Sorge, dass eine Zensur durch einen „Uploadfilter“ eingeführt werden soll, ist unbegründet, denn die Reform zielt nur auf Plattformen, die ihr Geschäftsmodell auf der Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Inhalten aufgebaut haben. Wikipedia, Datingportale, Plattformen zur Softwareentwicklung, Blogs und private Homepages würden gar nicht unter „Artikel 13“ fallen.

Mobilitätspaket vorerst gestoppt

Zu den geplanten Neuregelungen im Kraftverkehrssektor erreichten mich ebenfalls zahlreiche Zuschriften. Anders als erwartet hat das Plenum nun allerdings die Beschlüsse zur Aktualisierung der Vorschriften für die Ruhezeiten von Fernfahrern, die Kabotage und die Entsendung von Fahrern abgelehnt und an den Verkehrsausschuss zurückverwiesen.

Besuch aus der Heimat

Diese Woche besuchten mich das Hans-Baldung-Gymnasium aus Schwäbisch Gmünd, das Referat Europapolitik des Justiz- und Europaministeriums Baden-Württemberg, das Kopernikus-Gymnasium Wasseralfingen, das Gymnasium St. Gertrudis Ellwangen und die Landesarbeitsgemeinschaft des Evangelischen Bildungswerks in Württemberg. Vielen Dank für Ihr Interesse an meiner Arbeit!

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim

im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle